

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telefax: 688848 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Ulrike Mehl MdB zur
Verantwortung des
Bundes für die Erhal-
tung der Tier- und
Pflanzenarten: Natur-
schutz hat Verfas-
sungsrang.

Seite 1

Dokumentation:

Der Zittauer SPD-Bun-
destagsabgeordnete
Christian Müller hielt im
benachbarten Liberec
(CSFR) eine program-
matische Rede, die wir
im Wortlaut wiederge-
ben: Nicht abgrenzen,
sondern gegenseitig
fördern.

Seite 3

46. Jahrgang / 175

12. September 1991

Naturschutz hat Verfassungsrang

Zur Verantwortung des Bundes für die Erhaltung der Tier- und
Pflanzenarten

Von Ulrike Mehl MdB

Wir wissen, daß der Artenrückgang unvermindert anhält, dies auch in Schutzgebieten, ob Natur- oder Landschaftsschutz. Fast 50 Prozent unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten sind in irgendeiner Weise in ihrer Existenz bedroht. Trotz jahrzehntelanger Bemühungen der Naturschutzverbände und zunehmenden Bemühungen sowie Mitteleinsätzen der Regierung konnte dieser Negativtrend nicht gestoppt werden. Dies liegt zum Teil auch daran, daß zu lange auf den Schutz einzelner, noch dazu bereits mehr oder minder stark gefährdeter Arten gesetzt wurde. Heute wissen wir - und diese Erkenntnis hat inzwischen auch weitgehend in der Politik Platz gefunden -, daß Tier- und Pflanzenarten nicht ohne den zu ihnen gehörenden Lebensraum geschützt werden können. Das heißt natürlich nun umgekehrt nicht, daß Artenschutz als solcher keine Bedeutung hätte. Natürlich ist neben dem wichtigen Biotopschutz auch Artenschutz notwendig. Sonst würden ja auch keine entsprechenden Gesetze erlassen.

Dies gilt natürlich nicht nur für Deutschland, sondern muß internationale Gültigkeit haben. Die Probleme des Natur- und Umweltschutzes sind letztendlich nur international überhaupt zu lösen. Das muß uns allerdings nicht daran hindern, das uns jetzt Mögliche eben auch jetzt zu tun. Dies sind im Artenschutz folgende Punkte:

1. Die Bundesregierung muß sich auf EG-Ebene mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, daß neue beziehungsweise in der Überarbeitung befindliche EG-Richtlinien den wahren Anforderungen des hilfsbedürftigen Patienten Natur entsprechen und nicht den üblichen Verwässerungen zum Opfer fallen, die man dann Kompromiß nennt. Die Natur verträgt nicht länger Kompromisse und wir müssen uns entscheiden, was wir wirklich wollen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verständnis Umweltschutz
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Paper



2. Ein neues Bundesnaturschutzgesetz ist seit langem überfällig. Dies Gesetz muß sich endlich einmal mit den Ursachen der Naturzerstörung befassen und entsprechende Regelungen treffen. Dies betrifft natürlich viele Bereiche, ob Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Verkehrspolitik usw. Wichtigster Grund für den Artenverlust ist das völlige Verschwinden oder die Verschlechterung von Lebensräumen. Wenn ich also einen intakten Naturhaushalt haben will, muß ich dort ansetzen, wo dieses Ziel unterlaufen wird. Das heißt zum Beispiel Streichung der Landwirtschaftsklausel, wonach die derzeitige Form der Landbewirtschaftung angeblich den Zielen des Naturschutzes entspricht. Dies wäre aber erst dann der Fall, wenn wir eine umweltverträgliche Landbewirtschaftung flächendeckend hätten, davon sind wir leider noch meilenweit entfernt.

Darüber hinaus fordern die SPD eine gesetzliche Festlegung von mindestens zehn Prozent der Landesfläche als Vorrangfläche für den Naturschutz, weil eben nur durch Lebensraumschutz wirksam geschützt, erhalten und entwickelt werden kann. Hierfür gibt es bereits Konzepte, wie Biotopverbundsysteme.

Zu unseren Forderungen gehört auch die Verbandsklage, weil es höchste Zeit ist, daß kompetente Verbände die Anwaltschaft für die wehrlose Natur übernehmen.

3. Das beste Naturschutzrecht nützt aber nichts, wenn nicht gleichzeitig Instrumente für die Umsetzung geschaffen werden. Zu diesen Instrumenten gehören moderne Landesnaturschutzgesetzes und sowohl personell (bezüglich Quantität aber auch Qualifikation) als auch finanziell, vor allem aber auch in der Kompetenzzuweisung wirksam arbeitende Naturschutzbehörden auf allen Ebenen. Das heißt aber auch, daß das Recht so gestaltet wird, daß es überhaupt praktikabel ist. Das Artenschutzrecht im Bundesnaturschutzgesetz muß auf der Basis einer überarbeiteten EG-Verordnung klarer und vollziehbarer gestaltet werden (Ausnahmebestimmungen). Neben verschiedenen Punkten zu einem wirksamen Vollzug des Naturschutzrechtes gehört nach meiner Auffassung auch die Einführung der Positivlisten, das heißt nach wissenschaftlichen Kriterien sollen die handelbaren Tiere auf einer Liste zusammengefaßt werden. So etwas gibt es übrigens schon zum Beispiel in der EG-Vogelschutzrichtlinie, im Jagdrecht und in der Bundesnaturschutzverordnung. Ich meine, daß der illegale Handel mit gefährdeten Arten nur dann wirksam kontrolliert werden kann (das wollen wir sicher alle), wenn die Zahl der betroffenen Arten überschaubar ist. Die über 30.000 Arten des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (WA) halte ich nicht für überschaubar im Gegensatz zu ein paar 100 aufgelisteten Arten einer Positivliste. Ich sage hier allerdings ausdrücklich. Es handelt sich dabei um einen Beitrag zum Artenschutz, nicht um die Lösung der Gesamtprobleme. Und es handelt sich auch nicht um den Versuch, die Haltung und Zucht wildlebender Tierarten zu unterbinden, sondern lediglich um einen wirksameren Schutz gefährdeter Wildtierarten. Und ich will klar unterscheiden zwischen denen, die aus Projektgründen rücksichtslos mit Tieren und Pflanzen handeln und denen, die dies aus Freude am Umgang mit Lebewesen tun.
4. Eine klare Position zu Eingriffsplanungen in Natur und Landschaft ist gefordert. Wenn durch Eingriffe unverhältnismäßig große Schäden entstehen, dann darf der Naturschutz keine Kompromisse mehr machen, die ja in der Regel darin bestehen, naturschützerische Trostpflaster zu verteilen. Natur ist nicht machbar, sondern ist ein hochkomplizierter Zusammenklang von vielen Faktoren, die wir bisher in eben diesem Zusammenklang kaum kennen. Wenn die Bundesregierung zum Beispiel plant, die Elbe von Magdeburg bis zur Tschechoslowakei mit Begradigungen und 16 Staustufen ruinieren zu müssen, dann muß sie dies in dem Bewußtsein tun, daß das nicht mehr reparabel ist und weitreichende Lebensraum zerstörende Konsequenzen hat. Nur ein Ahnungsloser oder aber ein Ignorant kann so etwas noch verantworten wollen. Es gibt da noch reichlich weitere Beispiele; ich nenne hier Maßnahmegesetze, Beschleunigungsgesetze. Ich halte so etwas im Interesse der Erhaltung unserer Umwelt und im Interesse der zukünftigen Generation für nicht verantwortlich.

5. Der Bund muß für den Naturschutz in die Verantwortung genommen werden. Naturschutz ist nicht lediglich Geschmacksache oder gar eine Frage des Stellenwertes im Haushaltsplan einzelner Bundesländer, sondern eine existentielle Frage für uns alle so wie auch die Ernährung oder andere Dinge. Deshalb ist die SPD seit vielen Jahren für die Einführung des Umwelt- und Naturschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz und ich persönlich halte es sogar für richtig, zusätzlich den Naturschutz in Form einer Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern. Bei allem Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bundesländer sehe ich hier eine gemeinsame und sehr dringliche Aufgabe, die gerade von den neuen Bundesländern finanziell kaum zu bewältigen ist.

Wir wissen, daß die Situation der Umwelt langsam dramatische Formen annimmt. Und wenn wir weiter in den Osten gehen oder gar in Länder der Dritten Welt, könnte man meinen, daß wir doch gar keine Sorgen haben brauchen. Die Wahrheit ist aber, daß wir westlichen Industrieländern die Hauptschuld an dieser weltweiten dramatischen Entwicklung tragen. Deshalb müssen wir nicht nur in der internationalen Politik die Belange der Erhaltung der Umwelt stark berücksichtigen, sondern müssen auch bei uns selbst anfangen.

(-/12. September 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Christian Müller: Nicht abgrenzen, sondern gegenseitig fördern

Am 9. September 1991 nahm der SPD-Bundestagsabgeordnete Christian Müller aus Zittau in der benachbarten tschechoslowakischen Stadt Liberec an einem Meinungs- und Gedankenaustausch über die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen und die Kooperation im Dreiländereck CSFR - Republik Polen - Bundesrepublik Deutschland teil. Christian Müller folgte damit einer Einladung der Tschechischen und Slowakischen Sozialdemokraten (CSSD) des Bezirkes Liberec. Hinsichtlich des Zustandes der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen wurde in allen wesentlichen Fragen Übereinstimmung festgestellt. Aus dem sozialdemokratischen Club im Prager Parlament verlautete, daß die CSSD dafür eintreten werde, den (sudeten)deutschen Antifaschisten und Sozialdemokraten, die trotz ihrer loyalen Haltung gegenüber dem tschechoslowakischen Staat Opfer der Vertreibung wurden, die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit wieder anzutragen. Den Vortrag von Christian Müller dokumentieren wir im Wortlaut.

Ihrer Einladung zu dem heutigen Treffen bin sehr gerne gefolgt.

Ich stehe hier als Ihr Nachbar, dem die Verbindungen zwischen Nordböhmen und der Oberlausitz schon lange viel bedeuten. Andererseits bin ich hier bei Ihnen auch als Unterbezirksvorsitzender der SPD des Raumes Görlitz-Zittau.

Ich bin davon überzeugt, daß wir hier im Dreiländereck eine wichtige Aufgabe zu erfüllen haben. Wir tragen durch unsere freundschaftlichen Beziehungen dazu bei, daß über die entstehende Euroregion das Verständnis zwischen unseren Völkern wächst. Dabei möchte ich gerne an die nach Jahrhunderten zählende traditionelle Verbindung in unserer Region erinnern und entbiete der alten Kulturlandschaft der Tschechen einen respektvollen Gruß.

Ihr Land hat in Europa eine traditionelle Schlüsselrolle, es ist der Kern Mitteleuropas. Trotzdem gibt es leider Probleme. Die Verhandlungen zum deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag sind unverständlicherweise von deutscher Seite verzögert worden. Die Hintergründe dieser Probleme sollen meine folgenden Worte erläutern. Gleichzeitig möchte ich Sie mit der Position meiner Partei vertraut machen.

Die Verhandlungen über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sind trotz der ersten - im nachhinein als zu optimistisch geltenden - Einschätzungen, man könne zu einem raschen Abschluß kommen, offensichtlich ins Stocken geraten. Der hauptsächlichste Grund für diese Verzögerung liegt in der Haltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die diese auf ihrem diesjährigen Pfingsttreffen in Nürnberg formuliert hat. Aus dem Verlauf der deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen meinen die Funktionäre der Sudetendeutschen die Erkenntnis ableiten zu müssen, daß Verhandlungen "nicht ohne die Betroffenen" geführt werden dürften: "Die deutschen Heimatvertriebenen aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien wollen nicht (...) erst im nachhinein erfahren, was geregelt und zu regeln unterlassen wurde". Neben dem Mitspracherecht bei den Verhandlungen fordern die sudetendeutschen Vertriebenen-Funktionäre im wesentlichen folgendes:

- "Wiedergewinnung der Heimat und Durchsetzung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes der Volksgruppe";
- "Verwirklichung des Anspruchs der Volksgruppe und der einzelnen Landsleute auf Rückerstattung des geraubten Vermögens und Vertretung der sich daraus ergebenden Entschädigungsansprüche".
- "Jeder Sudetendeutsche, der das will, muß in seine Heimat zurückkehren dürfen und frei leben können".
- Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Ende des Krieges dürfe nicht allein, wie Präsident Havel dies bereits mehrfach ausgesprochen hat, als "zutiefst unmoralische Tat" gelten. Sie müsse im Vertrag vielmehr als völkerrechtswidriger Akt, somit also als Verbrechen, charakterisiert werden.

Hinter die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat sich nicht allein die CSU, allen voran der Ministerpräsident des Landes Bayern, Streibl, sondern auch, hinsichtlich der Frage der Beteiligung an den Vertragsverhandlungen, der Bundesinnenminister Schäuble gestellt. Dieser wich in seiner Ansprache auf dem Pfingsttreffen in Nürnberg von seinem Manuskript ab und sagte, für den Bundeskanzler sei es eine Selbstverständlichkeit, die Vertriebenen am Dialog mit den osteuropäischen Staaten zu beteiligen. Diese Beteiligung gelte auch für die Gestaltung der vertraglichen Beziehungen mit der Tschechoslowakei. Es ist undenkbar, daß Schäuble dieses Versprechen geben durfte, ohne es vorher mit Bundeskanzler Kohl abgesprochen zu haben. Die dritte Regierungspartei FDP., deren Mitglied Außenminister Genscher ist, hat sich bislang nicht geäußert. Ebenso fehlt eine eindeutige Stellungnahme des FDP-geführten Außenministeriums, das die Verhandlungen führt.

Nachdem sich die CSU in ihrer "Ansbacher Erklärung" vom 19. Juli 1991 klar an die Seite der Sudetendeutschen stellte, indem sie noch weitergehend die "Gewährung und Respektierung umfassender Volksgruppen- und Minderheitenrechte für die in der CSFR lebenden und dorthin zurückkehrenden Deutschen" eingefordert hat, wird die innenpolitische Konfliktlinie in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in der Regierungskoalition, vollends ersichtlich. Hier geht es zum einen um die Selbstbehauptung einer Partei, die infolge der deutschen Vereinigung prozentual ein kleineres Wählerpotential in die Bundespolitik einbringt. Die CSU ist daher auf die Interessenvertretung der Sudetendeutschen angewiesen, will sie nicht noch mehr schrumpfen. Zum anderen sind die Christsozialen danach bestrebt, die auswärtigen Angelegenheiten nicht allein der FDP und ihrem bekanntesten Politiker, Außenminister Genscher, zu überlassen. Die in Deutschland wohl einzigartige Neigung einer auf ein Bundesland beschränkten Partei, in den internationalen Beziehungen mitzuwirken, treibt doch immer wieder Blüten, die die bilateralen Beziehungen zu vergiften drohen. Immer gibt es etwas zu mäkeln, immer wieder werden Hindernisse aufgebaut, die verzögern, aber an der eigentlichen Entwicklung doch nichts ändern können. Umso ärgerlicher ist es, daß es Personen gibt, die wider besseren Wissens um die Vergablichkeit ihrer Bemühungen Störmanöver fahren, die niemandem Nutzen, aber allen Schaden bringen.

Aus Sicht der Sozialdemokraten stellen und stellen sich die Vertragsverhandlungen in einem anderen Licht dar. Vor dem Hintergrund der tatsächlichen Sachlage, daß nämlich zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland keine Grenzfrage existiert, daß die deutsche Volksgruppe in der CSFR seit 1958 anerkannt ist, und daß die etwas mehr als 50.000 Deutschen in der CSFR seit der demokratischen Revolution den Status völlig gleichberechtigter Bürger genießen, erschien uns der Weg zu einem Vertragsabschluß wesentlich unkomplizierter als der zu dem mit der Republik Polen. Dieser hoffnungsvolle Schritt in eine gutnachbarschaftliche Zukunft von Tschechen, Slowaken und Deutschen ist nun offensichtlich durch das Lavieren der Bundesregierung und die Störmanöver der sudetendeutschen Landsmannschaft hinsichtlich seiner raschen Verwirklichung bereits empfindlich verzögert worden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich nach dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen ganz klar dahingehend geäußert, daß 'nur die Bundesregierung und die gewählten Parlamente' zum Abschluß binationaler Vereinbarungen legitimiert seien: 'Die SPD-Bundestagsfraktion teilt (...) die Auffassung der CSFR, die Gespräche zwischen beiden Staaten allein auf diese Ebene zu beschränken. Übermäßige Forderungen Einzelner sowie die Einbeziehung kleinerer Gruppen in den zwischenstaatlichen Dialog sollten unterbleiben'. Leider ist dies allerdings lediglich der Standpunkt einer Oppositionspartei, der im Regierungslager ohne Echo verhallt ist. Wir haben hier aber nicht aufgehört, die Regierung zu ermahnen, den Vertragsabschluß zügig herbeizuführen.

Neben der Forderung nach dem Mitspracherecht bei den tschechoslowakisch-deutschen Vertragsverhandlungen, die von den deutschen Sozialdemokraten abgelehnt wird, bleibt es im wesentlichen bei zwei weiteren Forderungen der sudetendeutschen Landsmannschaft und der CSU.

Als nicht nur geradezu grotesk und für einen Neubeginn gutnachbarschaftlicher Beziehungen äußerst hinderlich empfinden wir Sozialdemokraten den angemeldeten Anspruch auf Entschädigung und Rückerstattung verlorengegangenen Vermögens. Hierdurch würde wohl in der Tat ein gegenseitiges Aufrechnen von materiellen und immateriellen Schäden und Verlusten begonnen, das vor den Beginn einer neuen Zukunft die Wunden der Vergangenheit auf beiden Seiten erneut öffnen würde. Was den materiellen Schaden auf beiden Seiten angeht, so würde ein Aufrechnen von Reparationsleistungen an die CSFR (diese sind von der Bundesrepublik Deutschland bisher nur in einer Größenordnung von 0,07 Prozent der Gesamtforderungen geleistet worden) und Entschädigungszahlungen an die Heimatvertriebenen zu einem Nullsummenspiel geraten. Warum also anfangen, über diese Zahlungen erneut zu verhandeln? Der Grund für die Bundesregierung liegt darin, daß sie eine Flut von Prozessen heraufziehen sieht, wenn viele Heimatvertriebene damit ihre Regreßansprüche gegen die Regierung durchzusetzen versuchten. Dem gilt es vorzubauen, indem sie eben mit der Regierung der CSFR eine verbindliche Regelung suchen wird, die allerdings - wenn überhaupt - nach Einschätzung der SPD, und ich glaube, daß wir hierin auch mit Außenminister Genscher übereinstimmen, außerhalb des Vertragswerkes angestrebt werden sollte.

"Mut zur Wahrheit" hieß die Losung des Pfingsttreffens der Sudetendeutschen, aber, ich glaube, mancher vergißt dies allzusehr, diese Wahrheit betrifft beide Seiten. Es ist auf beiden Seiten Schlimmes und Verachtungswürdiges passiert. Die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren war die Konsequenz aus dem Handeln - oft kann man nur sagen: aus dem Wüten - der Deutschen während der Jahre von 1938 bis 1945. Entschädigung müßte dann beiden Seiten zugute kommen, wobei die Bezeichnung hier Reparationen lauten würde und da Wiedergutmachung, und Tschechen und Slowaken hätten ebenso das Recht, Wiedergutmachung zu fordern. Angesichts der bestehenden ökonomischen Ungleichgewichtigkeit der beiden Nachbarstaaten erscheint es allerdings absurd, nun eine Rechnung aufmachen zu wollen und von einem Land, das eben Freiheit und Demokratie erlangt hat, die Zahlung immenser Summen zu verlangen, die zum Aufbau geordneter ökonomischer Verhältnisse geradezu unentbehrlich wären.

"Mut zur Wahrheit", lassen Sie mich bitte hier meinen persönlichen Standpunkt in dieser uns sehr berührenden Frage einmal nennen, bedeutet aber auch, den mehrfach vorgetragenen Entschuldigungen des Präsidenten Havel für das an Deutschen begangene Unrecht endlich auch eine Vergebungsbitte der Deutschen für die umgekehrt ebenso tausendfach begangenen Verbrechen folgen zu lassen. Ich möchte dies an dieser Stelle tun und Sie ganz persönlich - und ich bin überzeugt auch im Namen vieler anderer Deutscher - um Vergebung bitten für das Unrecht, daß im deutschen Namen und von Deutschen in Ihrem Lande begangen wurde.

Ebenso wie die katholischen Bischöfe der CSFR die Vertreibung verurteilt und die Kollektivschuld der Deutschen zurückgewiesen haben, so sollten auch diejenigen, die ihre Heimat verloren haben, deutlich zu verstehen geben, daß den Tschechen und den Slowaken ebenfalls keine kollektive Schuld zukommt, und daß dem bereits im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR vom September 1973 bekundeten Willen, "ein für alle Mal mit der unheilvollen Vergangenheit Ihrer Beziehungen ein Ende zu machen" nun auch die Taten folgen werden. "Mut zur Wahrheit" hieße in diesem Sinne dann letztendlich, die Tatsache anzuerkennen, daß in den Vertragsverhandlungen zwei Nationen zusammensitzen, die aus sehr ungleichen Positionen heraus miteinander reden. Wer wie die unverbesserlichen professionellen Vertriebenenfunktionäre finanzielle Entschädigungsforderungen an die CSFR stellt, der riskiert, einen in seiner derzeitigen Verfassung noch jungen Staat in seinem - ökonomischen wie auch gerade in seinem demokratischen - Wachstum erheblich zu behindern. Daß bereits Versuche gemacht werden, das demokratische Wachstum zu behindern, merkt man bereits an der Art und Weise wie die alten Kommunisten in diesem Lande nun wieder die schlimmen Erinnerungen Ihrer Landsleute in Wählerstimmen zu verwandeln versuchen.

Als unverschämt und überheblich empfinde ich es, wann der bayerische Ministerpräsident glaubt, sagen zu müssen, daß "ein Rückkehrrecht für Deutsche das beste Konjunkturprogramm für die Tschechoslowakei" wäre. So redet man nicht über Nachbarn, mit denen man in einem immer mehr zusammenwachsenden Europa Tür an Tür lebt. Ich bin ganz im Gegenteil zu dieser törichten Aussage des Herrn Streibl der Auffassung, daß die Diskussion um ein Rückkehrrecht völlig überflüssig ist. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, und ich hoffe aufrichtig, daß die CSFR dieser Gemeinschaft möglichst bald beitreten kann, wird von einem Rückkehrrecht gar keine Rede mehr sein, weil jede Person die Freiheit genießt, sich an jedem Ort der Gemeinschaft niederzulassen und dort einer Arbeit nachzugehen. Als Vertreter einer Partei, die bereits in ihrem Heidelberger Programm von 1925 einen Bund der europäischen Staaten gefordert hat und sich jetzt diesem Ziel immer näher und umso verbundener fühlt, fällt es mir schwer, die kurzsichtigen und kleinlichen Begehrlichkeiten derjenigen zu verstehen, die wohl offensichtlich meinen, nur an ihrem unternehmerischen Sachverstand könne Europa genesen. Unser Bundespräsident, der, so glaube ich, auch von Ihnen geschätzte Richard von Weizsäcker, hat während seines Besuches in Ihrem Land im vergangenen Jahr gesagt: "Nur durch tägliche praktische Zusammenarbeit (...) und vor allem durch übernationale europäische Gemeinschaften und Einrichtungen können wir den Schutz der Natur, die Energieversorgung, den Verkehrsverbund, die wirtschaftliche, technische und soziale Entwicklung unserer Gesellschaften meistern und zugleich die große europäische Mitverantwortung für die globalen Probleme unserer Zeit wahrnehmen (...)". Ich bin ganz sicher, wenn wir uns an diese Handlungsmaxime - tägliche praktische Zusammenarbeit - halten, werden wir die Probleme, denen wir alle ausgesetzt sind, meistern können. Darum sollten wir uns nicht durch die kleinlichen und bockigen Attacken derjenigen stören lassen, die immer wieder zu erkennen geben, daß Ihre eigenen Interessen ihnen mehr bedeuten als unsere gemeinsame europäische Zukunft. Lassen Sie mich zum Abschluß nochmals den deutschen Bundespräsidenten zitieren: "Statt uns gegeneinander abzugrenzen, können wir unsere Gaben zur wechselseitigen Förderung verbinden. Von alters her waren wir verschwistert, wir wollen es in Zukunft wieder sein".

(-/12. September 1991/rs/fr)
